Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 51 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend, den 1. März 1930**

Krisenluft.

Verlorene Arbeitsstunden. — Überlasteter Regierungswagen. — Der Finanzminister im Sturmgebraus.

Wenig Zweck hat es, noch leugnen zu wollen, daß wir mitten in einer schweren politischen, finanziellen, wirtschaftlichen Krise stehen; so wenig Zweck hat es, dies leugnen zu wollen, — daß es wirklich auch von keiner Seite mehr bestritten wird. Die Tatsachen sprechen ja auch allzu deutlich, sind nicht mehr zu beschönigen, nicht mehr mißzuverstehen. Wiederum ist die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich gewachsen, ist um etwa 50 Prozent höher gestiegen als im Vorjahr, obwohl damals Elementarereignisse besonders schwer zu überwindende Hemmungen auf dem Wege der Wirtschaft auftürmten. Schwindelnd hoch, in die Milliarden gehend, ist die durch jene Ziffer verursachte Zahl verlorener Arbeitsstunden, eingebüßter Lohn- und Gehaltsgelder. Und dem entspricht das Sinken der Kaufkraft in den Massen. Bezeichnend ist es, daß z. B. die Konsumvereine trotz starker zahlenmäßiger Zunahme ihrer Mitglieder einen sehr erheblichen Rückgang des Absatzes melden mußten; immer weitere Kreise nutzen die Möglichkeit der Abzahlung aus, selbst für Gegenstände des täglichen Bedarfs und Gebrauchs. Träge und langsam rollt das knapp gewordene, durch den Papierkredit verwässerte Blut durch unsern Wirtschaftskörper.

Auch mit dem Trost, mit der Hoffnung sieht's recht jadenscheinig aus, was man etwa unter leichter Abänderung eines bekannten Shakespeare-Zitats in die Worte kleiden mag:

„Bald wird der Winter unsres Mißvergnügens
Glorreicher Sommer durch die Sonne Youngs."

*

Wie war es denn? Ursprünglich war geplant, die Beratung des Young-Plans im Reichstag so schnell vor sich gehen zu lassen, daß am 25. Februar alles fix und fertig sein würde. Der Tag ist vorbei, aber jenes Ziel ist nicht erreicht worden — infolge der langen Ausschußverhandlungen, denn von außen her wehte in den Beratungssaal die Krisenluft hinein. Gleich von drei Ecken her blies es: Polenabkommen selbst, Sanktionsfrage, dann das „Junctim" zwischen Young-Plan und Finanzregelung. Gar nicht zu reden von jenem anderen „Junctim" zwischen Young-Plan und Polenabkommen. Da das Kabinett eisern an diesem festhielt, aber sogar bei einzelnen Parteien seiner eigenen Mehrheit dabei auf starke Widerstände stieß, so flüsterte man nicht mehr, sondern sprach schon ganz laut von einer Regierungskrise. Der Wagen, mit dem man den Young-Plan unter Dach und Fach bringen will, ist übermäßig stark belastet, die Parteien, die ihn hineinziehen sollen, bocken und schlagen aus, und darum wird versucht, sie mit der Peitsche einer Krisendrohung vorwärtszutreiben. Die Wagenachsen ächzen und knarren.

*

Man möchte noch ein anderes Shakespeare-Wort zitieren, Hamlets: „Sein oder Nichtsein — das ist hier die Frage." Weil am schärfsten die Krisenluft ringsum die Versuche der Finanzregelung, der Steuerpläne, weht. Schon einen Finanzminister hat sie aus dem Reichskabinett hinausgeweht und jetzt steht sein Nachfolger „im Sturmgebraus". Ob er aushalten wird? Wie stark die Gegensätze der Ansichten über die gemachten Vorschläge allein schon zwischen den Parteien aufeinandergeprasselt sind, weiß alle Welt. Sie weiß auch, daß dieses Schlachtgetümmel eine Art Tonfilmwiedergabe oder — unmoderner ausgedrückt — ein Echo von nur wenig gemilderter Stärke auch im Reichskabinett gefunden hat. Und dazwischen knallt auch eine Peitsche: die unbedingte Forderung des Zentrums, jetzt auch der Deutschen Volkspartei und von Teilen der Demokratie, daß man sich vor der Abstimmung über den Young-Plan in der Regierungskoalition zum mindesten über die Grundlinien der Finanz- und Steuerregelung einigen müsse. Wird es da dem Reichsfinanzminister gelingen, auf diesem zerklüfteten, von Krisenwind überbrausten Boden das Banner seiner Vorschläge „hoch weh'n zu lassen"?

*

Seiner Vorschläge — „o popoi" sagt der alte Homer auf Griechisch. „O wehe!" sagen wir auf Deutsch. Was ist aus der Steuerreform des Dezembers 1929 geworden, deren tragender Gedanke es war, der Wirtschaft die dringend notwendige Kapitalsneubildung zu ermöglichen durch Steuerherabsetzungen, namentlich bei den Realsteuern, bei der Industriebelastungssteuer usw. Und dafür die stark zu beschneidenden öffentlichen Bedürfnisse in ausgedehnterem Umfang zu decken durch Steigerung der Steuern auf die Genußmittel des Massenkonsums! Eine durch Abstriche bei den öffentlichen Ausgaben und durch die Young-Ersparnisse ermöglichte allgemeine Steuersenkung, dazu ein grundsätzlicher Steuerumbau. Nochmals: O popoi! Wie eine Fata Morgana verflüchtigte sich die allgemeine Lastenerleichterung, das Defizit und damit die Notwendigkeit neuer Belastungen stiegen rasend schnell, — aber noch immer hielt man wenigstens an dem Rest jenes Gedankens fest, nachdem von einem Abbau der Besitz-, Vermögens- und Realsteuern nicht mehr die Rede war: Die Deckung des Defizits darf nur durch Höherbesteuerung der Genußmittel des Massenverbrauchs erfolgen.

Da aber blies es erst leise, dann immer stärker von der sozialdemokratischen Seite her und aus manchen Teilen auch der anderen Regierungsparteien: Eine direkte Steuererhöhung soll mithelfen, das Defizit zu decken, nicht nur die Steigerung der Verbrauchssteuern. Schon wankte das Banner Dr. Moldenhauers, indem er die angekündigte Herabsetzung der Industriebelastung um 50 Millionen wieder strich. Schärfer noch verwies das Zentrum auf sein „Junctim" zwischen Young-Plan und Finanzregelung. Und nun wird alles durcheinandergewirbelt durch die Windstöße der Krise: Polenabkommen und Steuerpläne, Young-Plan und Frage des Sanktionsrechts. Gegen und für direkte, für und gegen indirekte Steuern — und im Hintergrunde steht Dr. Moldenhauer mit einem Ausgabenetat, der nicht etwa niedriger ist als der des Vorjahres, sondern eine Milliarde höher und damit die 10-Milliarden-Grenze des Reichsetats gleich mit einem großen Schritt weit hinter sich läßt. Der mehr als doppelt so hoch ist, als die Ausgaben des Reiches im Jahre der Währungsstabilisierung betrugen.

Also zum drittenmal: O popoi!

Dr. Pr.

Der Kampf um das Notopfer

Das Reichskabinett berät weiter.

Fortsetzung der Etatsberatungen am Montag.

In der Kabinettssitzung am Freitag wurden die Besprechungen über die Einnahmeseite des Haushaltes fortgeführt. Da über eine Reihe von Punkten noch keine Einigung erzielt wurde, so werden die Beratungen Montag fortgesetzt. Die noch jetzt bestehenden Schwierigkeiten gehen dem Vernehmen nach von der Deutschen Volkspartei aus, deren endgültige Erklärung noch aussteht. Man glaubt jedoch, daß ein Kompromiß zustande kommen wird und eine Krise vermieden werden dürfte.

*

Ein Dementi.

Es wird in Abrede gestellt, daß der Vorschlag auf Erhöhung der Einkommen- und Lohnsteuer um 10 Prozent für 1930 und Herabsetzung um 15 Prozent für 1931 von demokratischer Seite ausgegangen sei

Krise unvermeidbar?

Berlin, 28. Februar. Im Zusammenhang mit dem wiederum negativen Ergebnis der Kabinettssitzung vom Freitag erfährt die Telegraphenunion folgende Einzelheiten:

Der Hauptpunkt, über den eine Einigung im Kabinett nicht erzielt werden konnte, ist das sogenannte Notopfer, für das eine Mehrheit im Kabinett vorhanden ist, das aber von der DVP. nach wie vor mit allem Nachdruck abgelehnt wird. Das Notopfer ist so gedacht, daß dadurch eine Summe von 100 Mill. aufgebracht werden soll und zwar von sämtlichen Beamten, ohne Unterschied der Gehaltshöhe, sowie von allen Festbesoldeten von über 8400 Mark. Man hat vorläufig errechnet, daß zur Aufbringung dieser Summe aus den genannten Bevölkerungsschichten eine zusätzliche Einkommensteuer gestaffelt zwischen 1 bis 3 Prozent erhoben werden müßte.

Infolge des unüberbrückbaren Gegensatzes in dieser Frage zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits hat sich die parlamentarische Lage außerordentlich zugespitzt. Wenn nicht in letzter Minute ein Mittelweg, — und er ist nicht zu sehen — gefunden wird, ist die Krise unvermeidbar. Die Haltung der Demokraten ist nicht ganz eindeutig. Es scheint, daß sie zwar das Notopfer ablehnen, es aber nicht zur Vertrauensfrage machen. Am Freitag abend tagten noch die Fraktionsvorstände des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Da sich der Reichstag bis zum 6. März vertagt hat, werden die Fraktionen selbst, die in dieser entscheidenden Frage gehört werden müssen, vor Anfang nächster Woche nicht zusammentreten, so daß eine Entscheidung nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten wäre. Am Sonnabend tagt der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der schon seit längerer Zeit zur Regelung organisatorischer Fragen einberufen worden war. Man darf aber annehmen, daß er sich auch mit der kritischen Zuspitzung der parlamentarischen Lage befassen und die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei unterstützen wird.

Einseitige Belastung des Mittelstandes

Berlin, 28. Februar. Gegen das vom Zentrum und den Sozialdemokraten geforderte Notopfer werden von volksparteilicher Seite folgende Gründe geltend gemacht:

Das Notopfer widerspricht der seit Jahren erhobenen Forderung der DVP. nach Auseinanderziehung der mittleren Einkommensteuerstufen; es würde vielmehr umgekehrt direkt eine einseitige Belastung des Mittelstandes bedeuten, da es lediglich von den Privatangestellten mit einem Einkommen über 8400 Mark und von den Beamten aufzubringen wäre, so daß also weder die kleinen Lohneinkommen noch die großen Einkommen der freien Wirtschaft davon erfaßt wären.

Wenn von den Anhängern des Notopfergedankens erklärt wird, daß für den Fall seiner Nichtdurchführung das Reich eine Gehaltskürzung bei den Beamten durchführen müsse, so sei das natürlich als ein ganz abwegiges Druckmittel zu bewerten, da sich im Reichstag für eine derartige Maßnahme niemals eine Mehrheit finden würde. Ganz abgesehen davon, daß das Beamtengehalt ein unantastbares Grundrecht des Beamtentums darstelle, das jederzeit im Wege des Zivilprozesses mit Erfolg eingeklagt werden könnte.

In demokratischen Kreisen wird gegen die Sondersteuer des Notopfers vor allem geltend gemacht, daß sie ihrer Konstruktion nach überhaupt unabsetzbar ist.

Entschließung des Bundes zur Erneuerung des Reiches

Berlin, 28. Februar. Der Bund zur Erneuerung des Reiches hielt am Freitag seine Generalversammlung ab, an der über 150 Mitglieder aus allen Teilen des Reiches teilnahmen. Nachdem der Geschäftsführer des Bundes, Dr. Adametz, den Jahresbericht erstattet hatte, gab der Vorsitzende, Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther, einen Ueberblick über die neue Arbeit des Vorstandes, betreffend das Problem des Reichsrates. Nach einem Koreferat von Graf v. Roedern hielt Max Warburg-Hamburg einen Vortrag über das Thema „Zur Erneuerung des Reiches ist es nötig, daß nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in allen öffentlichen Betrieben unabhängige Kontrollen eingeführt werden". Nach einer Aussprache wurde aus der Versammlung heraus von Geheimrat Prof. Sering folgende Entschließung vorgebracht und einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung stimmt der Denkschrift über die Rechte des Reichspräsidenten zu und billigt die Leitsätze über die Ausgestaltung des Reichsrates. Angesichts des großen Ernstes der politischen und wirtschaftlichen Lage hält sie es für ihre vaterländische Pflicht, erneut darauf hinzuweisen, daß eine Lösung der deutschen Krisen nur möglich ist durch eine grundlegende Reichs- und Staatsreform.

Eine Finanzreform, die vor allem auch die Ausgabenseite berücksichtigt, ein gerechter Finanzausgleich, die Behebung der Arbeitslosigkeit durch Wiederbelebung der Wirtschaft, die Erneuerung der schwindenden Kraft unserer Landwirtschaft und die Erhaltung des deutschen Volkstums, das besonders im Osten so schwer gefährdet ist, setzen eines voraus: Wiederherstellung des Vertrauens durch Schaffung einer einheitlichen, durch innere Reibungen nicht gehemmten Staatsführung.

Die Versammlung macht es der Führung des Bundes zur Pflicht, ihre geistige Pionierarbeit für die Erneuerung des Reiches fortzusetzen und sich jeder lähmenden Resignation entgegenzustemmen.

Ausschußmehrheit für den Young-Plan

Stimmenthaltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

In den Vereinigten Young-Ausschüssen des Reichstages ist man nunmehr endlich zu einem gewissen Abschluß gelangt. Nach Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde der Young-Plan mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei gegen 23 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Christlichnationalen bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (zusammen elf Stimmen) angenommen. Die Liquidationsabkommen wurden mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen, weil in diesem Falle Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) mit der Opposition gegen die Abkommen stimmte.

Eine kleine Sensation rief die Stellungnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei hervor, die sich bei den Abstimmungen im Ausschuß der Stimme enthielten. Das Zentrum ließ durch seinen Fraktionsvorsitzenden, den Abgeordneten Brüning, eine Erklärung abgeben, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Zentrumspartei hat schon früher ihre Stellungnahme mehrfach dahin ausgesprochen, daß für sie die Sanierung der Kassenlage und damit die Sanierung unserer Finanzpolitik für die Zukunft einen integrierenden Bestandteil der zurzeit zur Entscheidung stehenden Fragen darstellt. Sie erkennt dankbar an, daß der Reichskanzler in Zusammenarbeit mit dem Kabinett Schritte zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet hat, und die Zentrumsfraktion hofft, daß sie bis zur dritten Lesung zu einem tragbaren Ergebnis führen werden. Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen kann die Zentrumspartei nicht verkennen, daß im Augenblick bei der Abstimmung der Vereinigten Ausschüsse, die jetzt angesetzt ist, diese Arbeiten noch nicht zu einem gesicherten Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sieht sich die Zentrumsfraktion gezwungen, sich bei der positiven Abstimmung der Stimme zu enthalten." (Bravo rechts. Hört! Hört! links.)

Für die Bayerische Volkspartei erklärte Prälat Leicht, daß auch er sich der Stimme enthalten müsse, da wichtig

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF